Dringliche Anfrage

Hannover, den 10.09.2018

Fraktion der AfD

Instrumentalisiert die Landesregierung den Verfassungsschutz zur Bekämpfung von politischen Gegnern?

Am Montag, dem 3. September 2018 verkündete der niedersächsische Innenminister Pistorius, dass die Junge Alternative Niedersachsen (JA), die Jugendorganisation der AfD Niedersachsen, nun vom niedersächsischen Verfassungsschutz überwacht werde. Begründet wird dies u. a. damit, dass die JA ein Weltbild vertrete, in dem Minderheiten wie Einwanderer, Asylbewerber, Muslime, politische Gegner oder Homosexuelle pauschal abgewertet und diffamiert würden. So die Pressemitteilung des MI vom 3. September 2018. Dabei wurden auf der entsprechenden Pressekonferenz Dinge benannt, die Einzelpersonen und nicht der Gesamtorganisation zugeordnet werden können. Aufgrund der Folgen, die eine Beobachtung für den Einzelnen hat, wirft die AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der flächendeckenden Beobachtung der niedersächsischen JA auf. In diesem Zusammenhang sei an die Erwähnung der Wochenzeitung *Junge Freiheit* im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen erinnert, welche schließlich vom Bundesverfassungsgericht als unzulässiger Eingriff in die Pressefreiheit gewertet wurde (Beschluss vom 24. Mai 2005, Az. 1 BvR 1072/01).

Der hessische Innenminister Beuth hat darauf hingewiesen, dass Verfassungsschutzämter nicht zum politischen Kampf missbraucht werden dürfen (*FAZ*, 4. September 2018). Die AfD möchte mit ihrer Anfrage aufgeklärt wissen, ob es eine parteipolitische Motivation für die Beobachtung der JA Niedersachsen gibt.

Diese Frage stellt sich vor dem Hintergrund, dass der Verfassungsschutz keine eigenständige Behörde darstellt, sondern eine Abteilung innerhalb des Innenministeriums ist. Dieser kann ohne jedweden Richtervorbehalt auf Anordnung des Innenministers nachrichtendienstlich tätig werden.

Dies vorangestellt, ergeben sich uns die folgenden Fragen:

1. Inwiefern rechtfertigen die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die Meinungsäußerung von Einzelpersonen Rückschlüsse auf eine Verfassungsfeindlichkeit der Gesamtorganisation?
2. Wie trägt die Landesregierung dafür Sorge, dass das Instrument der Verfassungsschutzbeobachtung nicht im Sinne von Parteiinteressen missbräuchlich verwendet werden kann?
3. In welchem Umfang werden auch über andere Jugendorganisationen von Parteien nachrichtendienstliche Erkenntnisse erhoben?

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 10.09.2018)